Südschleswigscher Wählerverband

Rede
Kiel, 24.01.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Marktgerechtes Angebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln

Insbesondere die wirtschaftlichen Entwicklungen im Bio-Bereich der letzten Jahre und die kürzlich stattgefundene Grüne Woche in Berlin haben die Debatte um Bio-Produkte aufs Neue angefacht. Aus dieser Debatte geht jetzt deutlich hervor, dass der derzeitige Boom auf dem Biomarktsektor die Gesamtnachfrage nicht einmal mehr mit Produkten aus dem Ausland decken kann. Daher kann ich bereits vorweg nehmen, dass der SSW dem Antrag der Grünen zustimmen wird, denn wir müssen erkennen, dass im Bereich der ökologisch produzierten Lebensmittel Marktchancen liegen, die mit den jetzigen Förderprogrammen nicht gedeckt werden können.

Geht man aber die einzelnen Absätze des grünen Antrages durch, lässt sich folgendes feststellen. Der Landtag kann den ersten Absatz eigentlich nicht beschließen. Schließlich kann das hohe Haus nicht beschließen, was die Verbraucherinnen und Verbraucher sich hinsichtlich der Lebensmittel erhoffen. Ich kann die Intention durchaus nachvollziehen, aber hierbei handelt es sich um Statements, die für eine Begründung eigentlich besser geeignet wären. Das aber nur nebenbei.

Wie bereits gesagt, können wir in der Bio-Branche Wachstumsraten verzeichnen, die im zweistelligen Bereich liegen. Dies ist kein Phänomen der neuesten Zeit, diese Entwicklung lässt sich bereits seit Jahren verzeichnen.

Und es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Es ist aber doch mehr als kontraproduktiv, wenn wir derzeit bundesweit verzeichnen können, dass die Bio-Branche kurz gehalten wird. Nebenbei bemerkt kann ich mir nicht vorstellen, dass wir eine solche Entwicklung in einem anderen Wirtschaftbereich hinnehmen würden.
Doch leider müssen wir erkennen, dass der Ökolandbau trotz des wirtschaftlichen Booms kaum Zuwächse verzeichnet, wie man es sich vorstellen könnte. Die Bauern, die gerne umstellen würden, sind erheblich weniger geworden. Das bedeutet, dass die Nachfrage stärker wächst, als die Zahl der Landwirte, die umstellen. Nun kann man sich natürlich die Frage stellen, warum diese Landwirte nicht den Absprung wagen? Dies liegt einfach in der Tatsache begründet, dass ein langjähriger Umstellungsprozess notwendig ist, um als ökologisch wirtschaftender Betrieb anerkannt zu werden. Und dieser Umstellungsprozess ist auch begründet, um die Anforderungen der jeweiligen Bio-Verbände zu erfüllen. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch Bio drin ist, wo Bio drauf steht. Hier haben die Bio-Verbände gegenüber dem Verbraucher eine Verantwortung, die sie mit ihren Kontrollen und Umstellungszeiten entsprechend wahrnehmen.

Das Märchen, dass Ökolandbau über Jahre überfördert wurde, trifft nach Auffassung des SSW nicht zu und sollte auch nicht sein. Wer sich als Landwirt entscheidet, den Betrieb umzustellen, muss sich dann auch entsprechend am Markt positionieren. Aber ich glaube, dies ist auch nicht das Problem. Wir müssen feststellen, dass bundesweit ein Trend zu verzeichnen ist, dass die Gelder für die Umstellung der Betriebe gekürzt wurden. Gerade der Umstellungszeitraum, der mehrere Jahre dauert, ist die schwierige Phase für die Landwirte. Daher ist es notwendig, dass der Zeitraum entsprechend überbrückt werden kann. Nach Auffassung des SSW handelt es sich hierbei um eine zeitlich begrenzte Unterstützung - die notwendig ist - damit die Umstellung bewerkstelligt werden kann.

Für Schleswig-Holstein können wir feststellen, dass für die Förderperiode 2007 – 2013 fast 30 Mio. € an EU-, Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Aussage der Landesregierung ist es hierbei, die Betriebe weiter zu unterstützen und in begrenztem Umfang auch neue Flächen in die Förderung aufzunehmen. So ist es auf einer Internetseite des Landwirtschaftsministeriums zu lesen.
Diese Aussage kann meines Erachtens nur so gedeutet werden, dass die Landesregierung nicht gewillt ist, den Umstellungsprozess entsprechend zu unterstützen. Hier muss die Landesregierung nachlegen.

Es geht nicht darum, den Landwirten etwas vorzuschreiben. Es geht darum, den Landwirten Planungssicherheit für Umstellungsprozesse zu geben. Alles

andere muss dann von Markt geregelt werden.